

INTERVIEW MIT DER ENERGIEEXPERTIN CLAUDIA KEMFERT

„Projekt wird schlechtgeredet“

Claudia Kemfert wirft der Bundesregierung vor, viel zu wenig für die Energiewende zu werben. Mit der Energieexpertin sprach Norbert Pfeifer.

Die Energiewende ist laut Kanzlerin Angela Merkel mit das wichtigste Projekt der Bundesregierung: Wird die Regierung diesem Anspruch gerecht?

Claudia Kemfert: Die Energiewende ist ein Marathonlauf. Die ersten Kilometer sind geschafft. Das Management der Energiewende hat sich zwar etwas verbessert, aber bei Weitem noch nicht genügend. Vor allem müssen die Politiker viel mehr für die Energiewende werben. Wenn es angeblich das wichtigste Projekt ist, würde man erwarten, dass man die Menschen für diese Aufgabe begeistert und sie mitnimmt. Aber das Gegenteil passiert: Das Projekt wird permanent schlechtgeredet, die Vorteile werden nicht genannt. Die Energiewende hat immer noch ein Imageproblem.

Welche Vorteile meinen Sie?

Vor allem wirtschaftliche Vorteile. Die Investitionen schaffen Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Steigt die Energieeffizienz, werden Kosten eingespart. Fossile Energien werden weniger importiert, die Abhängigkeit vom Ausland sinkt. Statt diese Vorteile zu nennen, spricht man fast immer über angebliche Probleme der Energiewende.

Die erneuerbaren Energien gewinnen schnell einen immer höheren Anteil an der Stromversorgung, er beträgt jetzt 25 Prozent. Aber es gibt auch Probleme: Speichermöglichkeiten fehlen, die nötigen Trassen werden bekämpft, die Preise steigen. Erfolgt der Umstieg zu schnell?

Nein. Der Ausbau entspricht weitestgehend den Plänen der Regierung. Man darf nicht vergessen: Das Ziel ist, den Anteil der erneuerbaren Energien auf 80 Prozent bis 2050 zu erhöhen. Aber dazu ist es wichtig, jetzt die richtigen Weichen zu stellen.

Welche?

Der Strommarkt muss umgestaltet werden. Dazu gehören eine verbesserte dezentrale Energieversorgung mit mehr Flexibilität, einem Energie- und Lastmanagement, Strompreise in Echtzeit sowie eine flexibel darauf reagierende Nachfrage. Zudem brauchen wir mehr intelligente Verteilnetze und mittelfristig auch Speichermöglichkeiten. Technisch sind Speicher schon heute kein Problem, aber sie sind derzeit noch nicht wirtschaftlich, weil es dafür noch keinen Markt gibt.

Niemand will neue Stromtrassen vor seiner Haustür haben. Was tun?

Die Politik muss die Bevölkerung aktiv einbinden: Gibt es auch die Möglichkeit einer Erdverkabelung? Kann man vielleicht auch eine andere Route wählen? Man muss auch sehen,

dass nicht alle sogenannten Monstertrassen benötigt werden, über die man diskutiert. Wenn man in Zukunft auf weniger Kohlestrom setzt, werden Netze frei für die erneuerbaren Energien. Nicht jede prognostizierte Leitung ist notwendig.

Der Strompreis steigt und steigt. Das führt auch nicht zu einer besseren Akzeptanz der Energiewende.

Im Moment ist der Strompreis an der Börse so niedrig wie noch nie. Nur leider kommt dies zumeist nicht bei den Haushalten an: Die niedrigen Preise werden nicht weitergegeben.

Aber die Ökostrom-Umlage treibt den Preis doch nach oben!

Ja, die Umlage hat einen Anstieg mit verursacht. Aber der Börsenpreis ist auch eine wichtige Komponente. Wenn die angeblich steigenden Strompreise nur den Ökoenergien angelastet werden, dann ist das nur ein Teil der Wahrheit. Die Politik muss für Transparenz sorgen und erklären, wie sich der Preis zusammensetzt.

Die schmutzige Braunkohle erlebt derzeit eine Renaissance. Ist das ein Zeichen für einen energiepolitischen Irrweg?

Braunkohlekraftwerke passen nicht zu einer nachhaltigen Energiewende. Sie produzieren zu viele Treibhausgase, und zudem sind sie zu wenig flexibel in der Kombination mit den schwankenden erneuerbaren Energien. Deswegen ist es unumgänglich, mittelfristig aus der Braunkohle auszusteigen. Die Politik muss diesen Strukturwandel begleiten.

Wesentliche Ursache für den Kohleboom ist doch der Emissionshandel in der EU, der nicht funktioniert.

Da stimmt, wir haben viel zu viele Zertifikate im System, die Preise sind zu niedrig. Daran hat die vorherige Bundesregierung eine Mitschuld, weil sie verhindert hat, dass der Emissionsrechtehandel repariert wird.

Wie beurteilen Sie das kürzlich vorgestellte Klima- und Energiepaket der Regierung?

Wichtig ist, dass die Klimaziele wieder in den Blick geraten. Deutschland will den Ausstoß der Treibhausgase um 40 Prozent senken bis 2020. Das ist mit den bisherigen Maßnahmen nicht zu schaffen. Insofern ist es gut, dass das Paket alle wichtigen Bereiche umfasst wie etwa auch Gebäude und Verkehr, auch wenn die Maßnahmen nicht neu sind. Wenn der Stromsektor jedoch keinen nennenswerten Beitrag liefert, werden die Klimaziele nicht zu erreichen sein. Das ist nur zu schaffen, wenn man alte, ineffiziente Kohlemeiler aus dem Markt nimmt.

Wo liegt denn das größte Potenzial, wenn es um weniger Emissionen geht?

Eindeutig im Stromsektor, da die meisten Emissionen durch Kohlekraftwerke entstehen. Hier könnte man eine doppelte Dividende erreichen: Klimaschutz und Marktberingung. Durch die Herausnahme der alten Kraftwerke würde der Börsenpreis steigen und somit die Wirtschaftlichkeit aller Kraftwerke verbessern. Die zweite wichtige Säule ist der Bereich des Energiesparens. Bisher hat sich die Energiewende viel zu sehr auf die Angebotsseite konzentriert und zu wenig auf die Nachfrage. Hier geht es um die Verbesserung der Energieeffizienz – sowohl im Industriebereich als auch in den Bereichen Gebäudeenergie und Mobilität.

Eon will sein Geschäft in alte und neue Energien aufspalten und sich auf Letztere konzentrieren. Hat die Wirtschaft die neuen Zeiten erkannt?

Ich denke schon. In der Vergangenheit wurde die Energiewende von mittelständischen und kleinen Unternehmen getragen, auch von Bürgergenossenschaften. Jetzt haben auch die großen Konzerne erkannt, dass es hier ein neues Geschäftsmodell gibt. Die neuen Energieformen bieten große wirtschaftliche Vorteile. Das scheint die Wirtschaft mittlerweile besser verstanden zu haben als die Politik.

Zur Person: Claudia Kemfert wurde 1968 in Delmenhorst geboren. Sie leitet die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und ist Professorin für Energieökonomie.

